

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/94

18. Mai 1972

Die Lehren vom 17. Mai 1972

---

Die Unionsparteien sind nationaler Verantwortung nicht gewachsen

Von Dr. Hans Apel MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Die Haare fallen, die Probleme bleiben

---

Die Bundeswehrreform darf nicht zerredet werden

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses

Seite 3 / 49 Zeilen

Bisher keine "Technologie für die Dritte Welt"

---

Zwei Wege: direkter Transfer und Entwicklung einfacherer Systeme

Seite 4 und 5 / 86 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 686 848 / 686 847/  
886 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Lehren vom 17. Mai 1972  
-----

Die Unionsparteien sind nationaler Verantwortung nicht gewachsen

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU hat mit ihrer Abstimmung zu den Ostverträgen einmal mehr unter Beweis gestellt, daß es ihr weniger um unser Land, vor allem aber um ihre eigenen Parteipositionen ging. Stimmenthaltung, also unbeteiligtes Achselzucken, in einer Lebensfrage unseres Volkes nach jahrelanger eingehender Debatte ist nur zu erklären aus der tiefen Zerrissenheit der Union und den unzureichenden Führungsqualitäten ihres Fraktions- und Parteivorsitzenden. Und so einigte man sich auf den kleinsten denkbaren Nenner. Die sozialliberale Koalition mußte ihre Verantwortung für unser Land erneut unter Beweis stellen und die Ostverträge durchbringen. Auch die Frage nach den so "mutigen" Männern wie Hans Katzer und Dietrich Rollmann und ihrem Ja zu den Verträgen von Montag war müßig. Sie alle krochen unter das Joch von Franz-Josef Strauß zurück und konnten sich nicht mehr zu einer eigenen Meinung durchringen. Vom "so nicht" führte Rainer Barzel seine Fraktion zum "ich weiß nicht".

Umso gespenstischer wird rückschauend der Versuch Rainer Barzels und Teilen seiner Union, ihn zum Kanzler dieser Bundesrepublik zu machen. Die weltpolitische Lage verlangt klare politische Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit. Die Politik der Friedenssicherung in Europa, die Sicherung der Zukunft Westberlins, die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen ließen keine Meinungslosigkeit zu. Das Trauerspiel der Haltung der Opposition zu den Ostverträgen fand ein für sie bedrückendes Ende. Unser Land weiß jetzt, daß die CDU/CSU keine Alternativen hat. Sie enthielt sich der Stimme als letzte Klammer ihrer unübersehbaren Zerrissenheit.

Jetzt sind die Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen vom Deutschen Bundestag angenommen worden. Mit diesem Markstein in

der Geschichte unserer Republik wird der Friede in Europa sicherer. Gewalt und Androhung von Gewalt verschwinden aus den Beziehungen zwischen Ost und West in Europa. Nur in einer europäischen Friedensordnung gibt es für unser Volk die Chance auf Ausübung seines unveräußerlichen Rechtes auf Selbstbestimmung. Nur diese Politik kann das an menschlicher, kultureller und historischer Substanz erhalten und weiterentwickeln, was uns Deutsche in der DDR und in der Bundesrepublik verbindet.

Die beiden deutschen Staaten können nur auf diesem Wege von einem Nebeneinander zu einem geregelten Miteinander kommen. Nur diese Verträge machen die Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas, insbesondere aber mit dem polnischen Volk möglich. Westberlin gehört zum Westen. Die westeuropäische Integration wird zügig weitergehen. Dazu sagen wir ja!

Wir sind froh und glücklich über die Ratifizierung der Ostverträge. Unser Volk hat unsere Ostpolitik in seiner großen Mehrheit stets bejaht. Es hat sich nicht von der schrecklichen Kanonade der Unterstellungen, Verdächtigungen und Verleumdungen der Gegner unserer Ostpolitik verführen und verleiten lassen. Die gehässigen Vokabeln Weimars haben ein politisch geläutertes und gereiftes Volk nicht beeinflussen können. Wir danken heute den Vielen in unserem Lande, die uns geholfen und beigestanden haben. Unsere Demokratie ist in diesen Jahren fester geworden. Das Engagement seiner Bürger ist gewachsen.

Unsere Arbeit geht weiter. Die vor uns liegenden Monate werden nicht leicht sein. Nationale wie internationale Fragen fordern uns heraus. Unsere Kraft und unser Engagement für unser Volk und seine gesicherte Zukunft wird uns auch mit den künftigen Problemen fertigwerden lassen. Sich dabei nicht auf die Mithilfe der Opposition zu verlassen, ist die nüchterne, aber gebotene Konsequenz aus der Haltung der Opposition zu den Ostverträgen.

(-/ex/18.4.1972/ks)

Die Haare fallen, die Probleme bleiben

---

Die Bundeswehrreform darf nicht zerredet werden

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses

Der Haar- und Barterlaß ist tot. Es lebe der Haar- und Barterlaß. Niemand war vom schulterlangen Soldatenhaar begeistert. Es muß auch nicht sein, dass der Soldat an der Spitze des modischen Fortschritts marschiert.

Nur die Haare fallen, die Probleme bleiben. Der zu tolerante Haar- und Barterlaß mußte für vieles herhalten. Am 15.5.1972 konnten wir in der Presse lesen, dass der neue Flottenchef, Vizeadmiral Hartwig, der Auffassung ist, der Erlaß habe "einen Damm der Disziplin eingerannt". Andere urteilten schon früher, dass mit der Einführung des Haar- und Barterlasses die Disziplinlosigkeit der Soldaten begonnen habe.

Die Ursachen der Disziplinschwierigkeiten liegen tiefer. Unsere Bundeswehr wird seit 16 Jahren überfordert. Seit vielen Jahren greift Resignation um sich. Die unangenehmsten Mängel wurden durch Einzelmaßnahmen provisorisch abgemildert. Grundlegende Hilfen blieben aus.

In dem Zustand befand sich die Bundeswehr, als Helmut Schmidt das Verteidigungsministerium übernahm. Einige sind inzwischen von ihm enttäuscht. Grund zur Enttäuschung haben nur diejenigen, die irrtümlich davon ausgingen, daß ein seit 16 Jahren mit Krankheiten behafteter Organismus durch überstürzte Operationen ohne vorherige gründliche Untersuchung geheilt werden kann.

Im Herbst 1969 fand die neue Bundesregierung eine Bundeswehr vor, die in der bisherigen Organisationsform mit einem Verteidigungsetat zwischen 20 und 25 vH. des Gesamtetats auf Dauer nicht einsatzfähig gehalten werden kann. Die Opposition wusste es. Eine neue Wehrstruktur setzte sich jedoch nicht durch. Verteidigungsminister Schmidt mußte eine unabhängige Wehrstrukturkommission einsetzen. Die Opposition kannte auch die Gefahren, die dem Wehrpflichtsystem durch Wehrungerechtigkeit drohen. Die unpopulären Massnahmen wurden dieser Regierung überlassen. Die Opposition wußte, daß Ausbildung und Bildung für die Vorgesetzten der Bundeswehr reformiert werden mußten. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Bundeswehr, die sich zwangsläufig aus einem Neuanfang ergeben, überließ sie dem jetzigen Verteidigungsminister. Ebenso überließ sein Vorgänger Schröder ihm die Aufgabe, das Durcheinander im Rüstungsbereich durch einen neuen Organisationsplan schrittweise zu verbessern. Die wenigen Beispiele mögen genügen. Unser Gedächtnis ist kurz. Wir sollten uns an die unerfreuliche Ausgangslage erinnern.

Wir alle, Soldaten, Politiker, müssen darauf achten, uns nicht bei der Bekämpfung von Modeerscheinungen zu verschließen, um am Schluß festzustellen, in der Aufregung die unumgänglichen Reformen vergessen zu haben. Wir brauchen eine einsatzfähige und einsatzbereite Bundeswehr, weil wir das militärische Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt als eine entscheidende Voraussetzung unserer Friedens- und Entspannungspolitik brauchen. Jeder, der auf bequemen Nebenfeldern kämpft, sollte endlich auf das Hauptfeld zurückgeführt werden.

(-/ex/18.5.1972/mäu)

### Bisher keine "Technologie für die Dritte Welt"

Zwei Wege: direkter Transfer und Entwicklung einfacherer Systeme

400 Produktionsverfahren aus der Bundesrepublik Deutschland sind ohne weitere Anpassung in Entwicklungsländern sofort zu übernehmen und zwar vorwiegend aus den Bereichen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Textil- und Lederverarbeitung und aus der Baubranche. Dies konnte der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen Prof. Karl Schiller auf die Frage der Entwicklungsländer antworten, was die Bundesrepublik auf dem Gebiet des Technologietransfers für sie tut. Anreize zur Übertragung von Technologien aus Industrieländern in Länder der Dritten Welt waren im Aktionsprogramm von Lima - ausgearbeitet von der Gruppe der 77 eben für die III. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung in Chile (UNCTAD= United Nations Conference on Trade and Development) - vorrangig gefordert worden. Bonn hat schon Einiges getan und läßt mit zwei Forschungsprogrammen intensiv untersuchen, wie der mögliche Beitrag der Bundesregierung zum Technologietransfer in Entwicklungsländer aussehen kann.

Welche Methode ist für Entwicklungsländer die beste - die Rourke-Strategie oder der Mao-Ofen? Nutzt den Entwicklungsländern der konzentrierte Transfer hochmoderner, aber teurer Technologien aus Industrieländern mehr oder Verfahren, die auf den jeweils im Lande vorhandenen Ressourcen und Kenntnissen aufbauen? Angesichts des dramatischen Mangels zu Arbeitsplätzen in Entwicklungsländern aber müssen alle Aktionen arbeitschaffenden Charakter haben. Bei allen Investitionen ist nach dem Gesamtnutzen für die arbeitsfähige Bevölkerung zu fragen.

Die vorstehend angesprochenen zwei Forschungsprogramme befassen sich mit dieser Kardinalfrage. Zur Verwirklichung dieser Hauptforderung - Gesamtnutzen für die arbeitsfähige Bevölkerung - sollen Maßnahmen und Instrumente für einen gezielten Technologietransfer im Rahmen des gesamten Entwicklungsprogramms der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet werden. Im ersten Forschungsprogramm wird untersucht, wie und ob hochmoderne Technologien in Entwicklungsländern übertragen werden können und welche Auswirkungen im Empfängerland zu erwarten sind. Außerdem sollen geeignete Informationszentren über Technologietransfer geschaffen werden (Bulletin, Prospekte, Dokumentation). Ein anderes Forschungsprogramm hat die Übertragung von arbeitsintensiven, einfacheren Produktionstechniken zum Inhalt. Hier geht es darum, einen Katalog allein in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehender Technologien auf dem industriell-gewerblichen und agro-industriellen Sektor zu erhalten, die sich für eine Übertragung in Entwicklungsländer eignen.

Sparsam umgehen mit dem knappen Kapital und den knappen Devisen, das heiße möglichst viele Arbeitslose beschäftigen und ein-

heimisches Material verwenden. Dies hat Bundesminister Eppler kürzlich zur Frage der Technologie für die Dritte Welt gesagt. Rund 300 Millionen Arbeitsplätze würden dort bis 1980 benötigt. Es müßten aber billige Arbeitsplätze zu je 1.000 DM sein und nicht zu 30.000 DM oder gar 100.000 DM, was sie in Deutschland kosteten. Denn 300 Milliarden DM könnten dafür vielleicht aufgebracht werden, aber nicht neuntausend Milliarden DM. Für solche kostensprechenden Arbeitsplätze aber fehlten noch geeignete Bauten, Geräte und Maschinen.

Bisher gibt es kaum eine Technologie für die Dritte Welt. Wenn in der zweiten Entwicklungsdekade der "Transfer von Technologie" förderungswürdig ist, dann nur, wenn die Anpassung an Ort und Stelle sicher gestellt wird.

Wie kann dieser Prozeß beeinflußt werden? Vom bisherigen Technologietransfer hatten lediglich die 20 - 30 vH. der Bevölkerung in den Entwicklungsländern einen Nutzen, die im "modernen Sektor" der Infrastruktur ihres Landes leben. Aber auch den 70 bis 80 vH. in den ländlichen Gebieten oder in den Elendsquartieren am Rande der Städte könnte mit sehr simplen und billigen Verfahren geholfen werden. Beispielsweise brachte Indiangern in Mexiko, die mit 50 cm breiten, herkömmlichen Webrahmen nur örtlich verkäufliche Ware produzierten, eine breiteren, in einem Projekt der ILO entwickelten Webrahmen den Zugang zum Auslandsmarkt. In Ghana, wo Metall und Beton sehr teuer ist, hat ein Team der Universität Kumasi ein Verfahren zur Herstellung von einfachen Bausteinen auf der Grundlage des im Lande reichlich vorhandenen Lehms entwickelt. Das Material besteht aus viel billigem Lehm und wenig teurem Zement; das Herstellungsgerät, das in der deutschen Mechanikerlehrwerkstatt in Accra gebaut wird, ist ein Metallwürfel mit einer Deckelplatte und einer Stange als Hebel, mit dem die Mischung zusammengepreßt wird.

Ähnliche Wege geht der Londoner Dr. E.N. Schumacher von der Intermediate Technology Development Group mit Partnerinstituten in Indien, Kolumbien und Jamaika. In diesem karibischen Staat wächst eine wichtige Wurzelfrucht, zu deren Ernte es keine geeignete Maschine gibt, und keine der auf Gewinn zielenden Landmaschinen-Produktionsfirmen gibt sich damit ab, weil es sich nicht lohnt. Die Firma Philipps hat in Utrecht ein Verfahren zur Fertigung von Radio-Apparaten entwickelt, das die Möglichkeiten der Dritten Welt berücksichtigt. Diese Apparate werden jetzt in 20 Ländern hergestellt. Das Thema "Technologie für die Dritte Welt" bleibt eins der wichtigsten - für sehr lange Zeit.

Heinz Ockhardt  
(-/ex/18.5.1972/ks)